

STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2007/ 083
öffentlich		
Datum 13.08.2007	Aktenzeichen FD I.1/ ha/gl	Federführend: Frau Haase

Betreff

Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2007

Beratungsfolge Gremium Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung	Datum 28.08.2007 17.09.2007	Berichterstatter Herr Koch
---	--	--

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
Bemerkung:					

Beschlussvorschlag:

Der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2007 in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 29.01.2007 den Haushalt 2007 beschlossen. Insbes. nach Veränderung einer Firmenstruktur mit der Folge der Schließung eines Gewerbebetriebes in Ahrensburg und dadurch deutlich sinkender Gewerbesteuererinnahmen wurde am 25.06.2007 eine 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 beschlossen. Die Mindereinnahmen wurden im Wesentlichen durch die Verschiebung von Investitionen in das Jahr 2008 ausgeglichen.

Daneben hat sich eine Vielzahl weiterer positiver wie negativer Veränderungen ergeben, die eine 2. Nachtragshaushaltssatzung 2007 erfordern.

Eine Nachtragshaushaltssatzung ist nach § 80 Abs. 2 Nr. 1 GO u. a. dann unverzüglich zu erlassen, wenn sich abzeichnet, dass Ausgaben für bisher nicht veranschlagte Maßnahmen geleistet werden sollen. Für das Haushaltsjahr 2007 gilt beides. Die wesentlichen Veränderungen werden im Folgenden näher erläutert. Die Veränderungen des 2. Nachtragshaushaltes 2007 stellen sich im Ergebnis wie folgt dar:

Verwaltungshaushalt

bisherige Einnahmen	=	51.496.900 €
Mehreinnahmen	=	+ 717.200 €
Mindereinnahmen	=	./. 654.000 €
per Saldo somit	=	+ 63.200 €
neues Haushaltssoll 2007	=	51.560.100 €

bisherige Ausgaben	=	51.496.900 €
Mehrausgaben	=	+ 975.600 €
Minderausgaben	=	./. 912.400 €
per Saldo somit	=	+ 63.200 €
neues Haushaltssoll 2007	=	51.560.100 €

Vermögenshaushalt

bisherige Einnahmen	=	9.805.900 €
Mehreinnahmen	=	+ 762.200 €
Mindereinnahmen	=	./. 809.100 €
per Saldo somit	=	./. 46.900 €
neues Haushaltssoll 2006	=	9.759.000 €

bisherige Ausgaben	=	9.805.900 €
Mehrausgaben	=	+ 757.100 €
Minderausgaben	=	./. 804.000 €
per Saldo somit	=	./. 46.900 €
neues Haushaltssoll 2006	=	9.759.000 €

Die Verpflichtungsermächtigungen (VEs) steigen um 590.000 € auf 11.429.000 €. Nachstehend werden die gravierendsten Veränderungen kurz vorgestellt:

Verwaltungshaushalt - Einnahmen

Das Anordnungssoll der Gewerbsteuer beträgt Anfang August 2007 rd. 18,5 Mio. €. Vorsorglich wird eine weitere Absenkung der Gewerbesteuern von 19,5 Mio. € auf 19,0 Mio. € vorgeschlagen. Diese Mindereinnahmen können kompensiert werden durch nach der Steuerschätzung Mai 2007 um rd. 0,5 Mio. € steigende Einkommensteueranteile.

Ferner wird die Eigenkapitalverzinsung des Bauhofes aufgrund des Ergebnisses des Jahresabschlusses 2006 um rd. 0,1 Mio. € nach unten korrigiert.

Verwaltungshaushalt - Ausgaben

HHSt. 4645.7009 – Zuschuss für Kindertageseinrichtungen an die AWO –: Der Zuschuss für die Horteinrichtungen sinkt durch die positive Abrechnung 2006, die mit dem Zuschuss für 2007 verrechnet wird, um 70.000 €. Insgesamt sinken die Zuwendungen in diesem Bereich um 0,10 Mio. €. In diesem Umfang (0,11 Mio. €) kann auch der Zuschuss an die Bad GmbH abgesenkt werden, da die Kosten für die Dachsanierung aus dem Etat 2006 beglichen werden konnten, ohne dass dies zu einer erheblichen Nachzahlung für 2006 führte.

Ferner werden in diesem Jahr geringere Planungskosten für das Stadtentwicklungskonzept, die Fortschreibung des Generalverkehrsplanes und die Bauleitplanung Beimoor Süd benötigt. Dadurch und durch die Entscheidung, keine eigene Zukunftswerkstatt für die Planung der Nordtangente durchzuführen, sinken die Ausgaben 2007 um 105.000 €. Allerdings sind zusätzliche Ausgaben für Arbeiten im Rahmen der EG-Richtlinie „Umgebungsärm“ von 35.000 €, weitere Planungsmittel von 45.000 € für das Peter-Rantzau-Haus sowie die Gestaltungssatzung und für den Antrag auf Städtebauförderung für das 3. Teilprojekt des Realisierungskonzeptes - die Umgestaltung des Schlossumgebungsgebietes - zu veranschlagen. Ziel in letzterem Fall ist eine Förderung der Investitionskosten von 1,9 Mio. € in Höhe von mindestens 35 %. Das Land begleitet die Umgestaltung positiv und hat sich im letzten Jahr bereit erklärt, diese Maßnahmen mit einer Förderung zwischen rd. 30 % bis zu 40 % (Große Straße), wenn entsprechende Fördermittel vorhanden sind, zu unterstützen. Dies erfordert allerdings umfangreiche Vorplanung seitens der Stadt.

Aufgrund der sinkenden Gewerbesteuern ist auch eine Anpassung der Gewerbesteuerumlage auf 4,0 Mio. € erforderlich. Die tatsächliche Umlage 2007 ist noch nicht abschließend einschätzbar. Die Einnahmen des III. Quartals 2007 sind als Vorauszahlung auch Grundlage der Umlage für das IV. Quartal 2007.

Eine Nachbelastung für das Haushaltsjahr 2005 bei Kreis- und Finanzausgleichsumlage wurde zum Jahresende 2006 beglichen. Ferner wurde durch Erlass vom 23.01.2007 der Grundbetrag für die Stadt bei der Berechnung einer im Finanzausgleich relevanten Größe erhöht. Die Kreis- und Finanzausgleichsumlage kann 2007 daher um 0,2 Mio. € abgesenkt werden.

Daneben können die Zinsen an den Kreditmarkt um 0,5 Mio. € gesenkt werden.

Die dargestellten Veränderungen des Verwaltungshaushalts führen im Ergebnis zu einem um 0,4 Mio. € auf 1,87 Mio. € ansteigenden Zuführungsbetrag. Damit liegt der Zuführungsbetrag um rd. 1,5 Mio. € über den Tilgungsausgaben.

Vermögenshaushalt - Einnahmen

Der Zuführungsbetrag finanziert zu 19,3% den Investitionshaushalt. Darüber hinaus hat eine Wohnungsbaugesellschaft erklärt, zum 30.09.2007 2 Darlehen vorzeitig vollständig zu tilgen. Zuwendungen des Landes und Ablösungsbeträge gehen bereits in 2007 – statt 2008/ 2009 – um rd. 0,1 Mio. € höher ein und entlasten ebenfalls den Vermögenshaushalt 2007. Zum Ausgleich des Haushalts ist daneben eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage von 0,85 Mio. € erforderlich. Dieser Betrag verbessert sich gegenüber dem Stand 1. Nachtrag 2007 um rd. 0,8 Mio. €. Der Restbestand wird danach planmäßig bei rd. 1,035 Mio. € liegen (Stand: 31.12.2007).

Vermögenshaushalt - Ausgaben

Durch die im April 2007 bis zum Erlass des 1. Nachtragshaushalts 2007 am 25.06.2007 wirkende Haushaltssperre wurde die Vorbereitung einiger Baumaßnahmen im Schulbaubereich (Gesamtsumme: rd. 0,2 Mio. €) gestoppt und konnte nicht so betrieben werden, dass eine Umsetzbarkeit in diesen Sommerferien möglich war. Die Mittel werden daher in das Haushaltsjahr 2008 verschoben. Ebenfalls verschoben zur Entlastung des Etats 2007 wurde die Neubeschaffung von Gestühl für den Alfred-Rust-Saal und den Eduard-Söring-Saal – hierfür ist zu rechtzeitiger Auftragserteilung allerdings eine Verpflichtungsermächtigung von 0,29 Mio. € erforderlich.

Im Hinblick auf die Entscheidung des Hauptausschusses vom 18.06.2007, keine eigene Zukunftswerkstatt für das weitere Verfahren zum Bau einer nördlichen Entlastungsstraße durchführen zu wollen, wird auch auf die Bereitstellung von weiteren Planungsmitteln in Höhe von 0,15 Mio. € 2007 verzichtet.

In diesem Jahr wird ferner der Umbau des Bahnhofes durch die DB AG abgeschlossen. Die Stadt hat sich hierbei zu beteiligen. Hierfür standen durch Reste aus Vorjahren Mittel von 1,19 Mio. € zur Verfügung. Diese reichen in Höhe von 0,95 Mio. € nicht aus. Die Mehraufwendungen sind im Wesentlichen auf erhöhte Aufwendungen für die Betontragleistung und die Entsorgung von tlw. belastetem Boden zurückzuführen.

Für den Ankauf von Grundstücken stehen 2007 nur noch geringe Haushaltsreste für Grundstücksankäufe kleinen Ausmaßes bereit. Der Finanzausschuss hat den Erwerb eines Pachtgrundstücks empfohlen. Ferner wurde im Bau- und Planungsausschuss die Planung für den Bau eines Kreisels am AOK-Knoten vorgestellt. Hierfür ist jedoch Grunderwerb erforderlich, dessen Höhe erst in Abhängigkeit von der Bauvariantegenau einschätzbar ist. Der Haushaltsrest ist keinesfalls ausreichend, so dass zusätzlich bis zu 0,28 Mio. € bereitgestellt werden sollten. Weitere Grunderwerbskosten von werden erforderlich im Gewerbegebiet Beimoor Süd. Der Haushaltsansatz von bisher 0,88 Mio. € wurde bereits in Höhe von rd. 0,7 Mio. € (durch Verrechnung mit Ablösungsbeträgen, siehe HHSt. 6350.3500) benötigt. Die WAS hat auf vertraglicher Grundlage Ansprüche auf Zahlungen, in Abhängigkeit von der Anzahl der Kaufverträge im Gewerbegebiet Beimoor Süd hat. Daher ist 2007 ein Haushaltssoll von voraussichtlich 1,035 Mio. € erforderlich, d. h. es wird eine Erhöhung des Ansatzes von 0,15 Mio. € erbeten.

Vermögenshaushalt – Verpflichtungsermächtigungen (VE)

Die VE´s erhöhen sich um 0,59 Mio. € von 10,8 Mio. € auf 11,4 Mio. €. Dies ist auf folgende Maßnahmen zurückzuführen:

- VE über 90.000 € für die Erneuerung der Bestuhlung im Eduard-Söring-Saal,
- VE über 200.000 € für die Erneuerung der Bestuhlung im Alfred-Rust-Saal, (Auftragserteilung jeweils in 2007 mit Lieferung zu 2008) und
- Anhebung der VE um 300.000 € auf 700.000 € für die Erneuerung der Stormarnstraße entsprechend der Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses, die Erneuerung bis ca. zur Alten Reitbahn fortzuführen (Anmerkung: darüber hinaus bis ca. zur Polizei erfolgt anschließend eine Deckenerneuerung, zu begleichen aus dem Verwaltungshaushalt).

Pepper
Bürgermeisterin

Anlage

1. II. Nachtragshaushaltssatzung 2007
2. 2. Nachtragshaushaltssatzung 2007
3. Übersicht Verpflichtungsermächtigungen